



Beate Thießen, Katrin Prager und
Uwe Jens Nagel

Nummer

11

**Mitwirkung von Umweltverbänden
an der Gestaltung von
Agrarumweltprogrammen auf
Ebene der Bundesländer**

SUTRA – Working Paper
Berlin, August 2006

SUTRA-Working Paper

Die Reihe SUTRA-Working Paper wird herausgegeben von der DFG-Forschergruppe 497 „Strukturwandel und Transformation im Agrarbereich“. Sie enthält Beiträge von den Mitgliedern der Forschergruppe oder von externen Autoren zu Themen des Strukturwandels und der Transformation im Agrarbereich. Die Aufsätze wurden im Rahmen der Forschergruppe begutachtet; die dargestellten Ansichten sind jedoch die der Autoren und nicht notwendigerweise die der Herausgeber.

Die Forschergruppe wurde 2003 eingerichtet und umfasst 9 Teilprojekte. In ihr untersuchen Wissenschaftler an der Humboldt-Universität zu Berlin, an der Bundesforschungsanstalt für Landwirtschaft in Braunschweig und am Zentrum für Agrarlandschafts- und Landnutzungsforschung in Müncheberg – zusammen mit polnischen Wissenschaftlern – Strukturwandel und Transformation im Agrarbereich Deutschlands und Polens. Die Forschergruppe führt verschiedene Forschungsfelder zusammen, um so den Kenntnisstand zum Problem des Strukturwandels und der Transformation im Agrarbereich in einem übergreifenden, integrierenden und interdisziplinären Ansatz zu reflektieren und zu vertiefen. Das Forschungsvorhaben soll dazu beitragen, die wissenschaftlichen Grundlagen für die Analyse und Gestaltung komplexer Systeme zu vertiefen.

Internet: <http://www.agrar.hu-berlin.de/sutra/>

Herausgeber und Teilprojektleiter

Prof. Dr. Dr. h.c. Dieter Kirschke (*Sprecher*)
FG Agrarpolitik
Institut für WISOLA
Landwirtschaftlich-Gärtnerische Fakultät
Humboldt-Universität zu Berlin

Prof. Dr. Wolfgang Bokelmann
FG Ökonomik der gärtnerischen Produktion
Institut für WISOLA
Landwirtschaftlich-Gärtnerische Fakultät
Humboldt-Universität zu Berlin

Prof. Dr. Martina Brockmeier
Institut für Marktanalyse und Agrarhandelspolitik
Bundesforschungsanstalt für Landwirtschaft,
Braunschweig

Prof. Dr. Dr. h.c. Konrad Hagedorn
FG Ressourcenökonomie
Institut für WISOLA
Landwirtschaftlich-Gärtnerische Fakultät
Humboldt-Universität zu Berlin

Prof. Dr. Elmar Kulke
FG Wirtschaftsgeographie
Geographisches Institut
Mathematisch-Naturwissenschaftliche Fakultät II
Humboldt-Universität zu Berlin

Prof. Dr. Martin Odening (*Stellv. Sprecher*)
FG Allgemeine Betriebslehre des Landbaus
Institut für WISOLA
Landwirtschaftlich-Gärtnerische Fakultät
Humboldt-Universität zu Berlin

Prof. Dr. Klaus Müller
Institut für Sozioökonomie
Zentrum für Agrarlandschafts- und Landnutzungs-
forschung, Müncheberg

und
Institut für WISOLA
Landwirtschaftlich-Gärtnerische Fakultät
Humboldt-Universität zu Berlin

Prof. Dr. Uwe Jens Nagel
FG Landwirtschaftl. Beratung und
Kommunikationslehre
Institut für WISOLA
Landwirtschaftlich-Gärtnerische Fakultät
Humboldt-Universität zu Berlin

Prof. Dr. Dr. h.c. Harald von Witzke
FG Internationaler Agrarhandel und Entwicklung
Institut für WISOLA
Landwirtschaftlich-Gärtnerische Fakultät
Humboldt-Universität zu Berlin

Redaktion

Dr. Astrid Häger (*Schriftleitung*)
E-Mail: astrid.haeger@agrار.hu-berlin.de
Tel.: +49-30-2093.6049, -6256

Kerstin Oertel (*Layout*)
E-Mail: k.oertel@agrار.hu-berlin.de
Tel.: +49-30-2093.6340

Humboldt-Universität zu Berlin
Landwirtschaftlich-Gärtnerische Fakultät
Institut für WISOLA
FG Agrarpolitik
Luisenstraße 56
10099 Berlin (Germany)
Fax: +49-30-2093.6301

ISSN 1614-1083 (Print-Version)
ISSN 1614-1369 (Internet-Version)

Mitwirkung von Umweltverbänden an der Gestaltung von Agrarumweltprogrammen auf Ebene der Bundesländer

Beate Thießen, Katrin Prager und Uwe Jens Nagel

Inhaltsverzeichnis

Tabellenverzeichnis	i
Zusammenfassung	ii
Abstract.....	ii
1. Einleitung.....	1
2. Ziel, Methodik und Datengrundlage der Untersuchung	2
3. Kontakt und Zusammenarbeit mit Behörden.....	5
4. Kontakte zwischen den Verbänden.....	16
5. Zusammenfassung und Schlussfolgerungen.....	17
6. Nachweis der Quellen.....	22
Anhang	23
Über die Autoren	24
Bisher erschienen.....	25

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Erhebungsbasis (Übersicht der befragten Umweltverbände und Informationen zu den Bundesländern)	5
---	---

Zusammenfassung

Bei der Gestaltung von Agrarumweltprogrammen (AUP) spielen sowohl landwirtschaftliche als auch umweltrelevante Ziele eine Rolle. Es ist also nahe liegend, in die Gestaltung von Politikmaßnahmen im Agrarumweltbereich auch die davon betroffenen Gruppen einzubeziehen. Allerdings haben Umwelt- und Naturschutzverbände in der Regel weniger Kontakte zu den Entscheidungsträgern auf Landesebene und ihre Beteiligung bei Entscheidungen über Agrarumweltprogramme ist wesentlich geringer als die der landwirtschaftlichen Verbände. Die Ergebnisse telefonischer Interviews mit Vertretern verschiedener Umweltverbände lieferten die Grundlage für die Analyse von Art und Umfang ihrer Beteiligung und deren Ursachen. Die Studie zeigt außerdem regionale Unterschiede in der Mitwirkung von Umweltverbänden auf, die das Ergebnis des Zusammenspiels von kooperationsfördernden und -hemmenden Faktoren sind.

Schlüsselwörter: Kommunikationsprozesse, Agrarumweltprogramme, Netzwerke im Agrarumweltbereich, Beteiligung, Zusammenarbeit, Verbände in der Agrarumweltpolitik

Abstract

Agricultural as well as environmental objectives determine agri-environmental policy development. At state level, it is common practice to involve various interest groups in the policy making processes. Both, agricultural and environmental interest groups are relevant for agri-environmental policy making. However, environmental groups have fewer contacts with administrative decision makers and are in general much less involved in policy making than agricultural interest groups. Based on telephone interviews with representatives of environmental groups, the reasons for the difference in access to decision making circles are analysed. The study shows regional differences in environmental interest group participation in agri-environmental policy making across selected German states. The extent of cooperation is a result of the interaction between supporting and impeding factors.

Keywords: communication processes, agri-environmental schemes, agri-environmental networks, participation, cooperation, interest groups in agri-environmental policy making

1. Einleitung

Ausgangspunkt für die Untersuchung war die Überlegung, dass bei der Gestaltung von Agrarumweltprogrammen (AUP) sowohl landwirtschaftliche als auch umweltrelevante Ziele eine Rolle spielen. So formulieren EMERSON und GILLMOR (1999, 235): „The environmental dimension is a recent and increasingly important aspect of policies relating to the agricultural use of land.“ WILSON et al. (2000, 255) gehen in ihren Schlussfolgerungen zur europäischen Agrarpolitik weiter und stellen fest, „... there is now across Europe a communality of concerns and responses to the challenge of reconciling and bringing together contemporary farming practices, environmental quality and rural development. Increasingly, agri-environmental policy is becoming the vehicle for that reconciliation.“ Es ist also nahe liegend, in die Gestaltung von Politikmaßnahmen im Agrarumweltbereich auch die davon betroffenen Gruppen einzubeziehen. Dies erfolgt üblicherweise über deren Vertreter im Landwirtschafts- und Umweltbereich. Zum einen kann dadurch die Akzeptanz von Maßnahmen gesteigert werden, was durch den Grundsatz der Freiwilligkeit eine unabdingbare Voraussetzung für die Umsetzung und den Erfolg von Agrarumweltmaßnahmen ist. Zum anderen können Konflikte vermieden und notwendige Informationen gezielt in den Prozess eingespeist werden. Dass es kontinuierlichen Gestaltungsbedarf gibt, zeigen die vergangenen und aktuellen Reformen in der Gemeinsamen Agrarpolitik, die immer auch die Agrarumweltmaßnahmen und deren Ausrichtung betrafen.

Die formelle und informelle Beteiligung von landwirtschaftlichen Interessengruppen an Entscheidungsprozessen auf Ebene der Bundesländer ist gängige Praxis. Hauptsächlich berufsständische Vertreter (z.B. Landesbauernverband, Landvolkverband), aber auch die Vertreter ökologischer Anbauverbände (Biopark, Gäa, Demeter, Bioland u.a.) werden in die Vorbereitung von Entscheidungen über Agrarumweltprogramme einbezogen. Die Intensität dieser Beteiligung ist von Bundesland zu Bundesland unterschiedlich und richtet sich u.a. nach der Stellung eines Verbandes im jeweiligen Land (z.B. Mitgliederzahlen, Netzwerke) und der speziellen Agrarumweltmaßnahme¹, die zur Diskussion steht.

Bei der Akteursanalyse im Rahmen der Untersuchung im Land Sachsen-Anhalt (PRAGER und NAGEL 2004) wurde deutlich, dass naturschutzfachliche und umweltrelevante Interessen in viel geringerem Maße Einfluss auf die Gestaltung von Agrarumweltprogrammen haben als landwirtschaftliche Interessen im engeren Sinne. Im Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt des Landes Sachsen-Anhalt sind zwei verschiedene Abteilungen für die Kontakte zu den Verbänden zuständig: Die Abteilung „Naturschutz und Forsten“ ist Ansprechpartner der

¹ Agrarumweltmaßnahmen sind die in den landesweiten Agrarumweltprogrammen (z.B. KULAP – Kulturlandschaftsprogramm, MEKA - Marktentlastungs- und Kulturlandschaftsausgleich, HEKUL – Hessisches Kulturlandschaftsprogramm) oder Richtlinien enthaltenen Einzelmaßnahmen.

Naturschutz- und Umweltverbände², die Abteilung „Agrarpolitik und Förderung“ beteiligt die berufsständischen Verbände. Daraus resultiert, dass die Umweltverbände kaum zu Verbandsgesprächen der Landwirtschaftsabteilung eingeladen werden, auf denen die Agrarumweltprogramme diskutiert werden. Gemeinsame Veranstaltungen finden selten statt und werden als ineffektiv und wenig zufriedenstellend beschrieben.

Aufgrund der in Sachsen-Anhalt vorgefundenen „Beteiligungskultur“, die nahezu ausschließlich die von berufsständischen bzw. landwirtschaftlichen Verbänden vertretenen Interessen berücksichtigt, stellt sich die Frage, ob es sich dabei um ein deutschlandweites Phänomen handelt. Unklar ist, wie die Beteiligung von Umweltverbänden in anderen Bundesländern gestaltet wird, bzw. worin und warum etwaige Unterschiede bestehen. Schwerpunkt der Untersuchung ist die Situation in den anderen ostdeutschen Bundesländern, in denen ähnliche historische Bedingungen wie in Sachsen-Anhalt zu erwarten sind. Um mögliche Unterschiede in den administrativen Kulturen zu erfassen, wurden für die Untersuchung ausgewählte westdeutsche Bundesländer zum Vergleich herangezogen.

2. Ziel, Methodik und Datengrundlage der Untersuchung

2.1 Ziel

Ziel der Untersuchung ist es, eine empirische Basis für die qualitative Bewertung der Beteiligung von Umweltverbänden an der Gestaltung von Agrarumweltprogrammen zu schaffen. Zentrale Forschungsfrage ist, in welchem Maße Umweltverbände bei Entscheidungsprozessen auf Landesebene mitwirken und von welchen Faktoren deren Beteiligung abhängt. Sowohl fördernde als auch hemmende Faktoren sollen erfasst werden. Erfragt wurde, welche Behörden kontaktiert werden, in welcher Form die Zusammenarbeit verläuft und wie sie durch die Umweltverbände bewertet wird, und welche Kontakte es zu anderen Verbänden gibt und wie die Zusammenarbeit in diesem Bereich eingeschätzt wird.

2.2 Methodik und Datengrundlage

Für die Untersuchung wurden telefonische Interviews mit Verbandsvertretern von Umwelt- und Naturschutzverbänden durchgeführt. Da die Studie einen explorativen Charakter hat und lediglich einen Überblick über die derzeitige Situation verschaffen sollte, wurde diese Vorgehensweise als ausreichend angesehen. Die Fragen richteten sich nach den Vorgaben eines zuvor entwickelten Gesprächsleitfadens und waren offen formuliert (siehe Anhang). Die Auswertung erfolgte qualitativ. Um Fehlinterpretationen oder Missverständnisse auszu-

² Im Folgenden soll „Umweltverbände“ der Überbegriff für Naturschutzverbände und Umweltverbände sein. Als Abkürzung wird „Verbände“ benutzt.

schließen, wurde die Auswertung den Befragten vorgelegt und deren Kommentare eingearbeitet.³

Die Auswahl der Verbände bzw. der Interviewpartner erfolgte nach folgenden Kriterien: Bedeutung des Verbandes, Aktivität im Agrarumweltbereich, Bundesland (Erreichbarkeit des zuständigen Ansprechpartners).

Als Maßzahl für die Bedeutung bzw. den potenziellen Einfluss eines Verbandes wurde die Anzahl der Mitglieder verwendet. Unstrittig ist, dass der Bund für Natur- und Umweltschutz Deutschland (BUND) und der Naturschutzbund Deutschland (NABU) die mitgliederstärksten Verbände sind, auch wenn die Angaben zu den Mitgliederzahlen auseinander gehen.⁴ Die dieser Auswahl zugrunde liegende Annahme war, dass mitgliederstärkere Verbände finanziell und personell besser aufgestellt sind und deshalb höhere Einflusschancen auf die Politikgestaltung haben. Im Bereich Agrarumweltprogramme ist außerdem die Grüne Liga aktiv, jedoch mit sehr unterschiedlicher Intensität⁵ und einem auf die ostdeutschen Bundesländer beschränkten Wirkungskreis. Es gibt weitere Verbände im Umweltschutz, die in anderen Bereichen eine größere Rolle spielen (z.B. Schutzgemeinschaft Deutscher Wald). Da jedoch ausschließlich der Komplex der Agrarumweltmaßnahmen interessierte, wurden vorab BUND, NABU und Grüne Liga als relevant für die Befragung eingeschätzt. Die Untersuchung blieb offen für bundeslandspezifische Besonderheiten.

Bei der Auswahl der Bundesländer wurden Stadtstaaten nicht einbezogen, weil dort Landwirtschaft und Agrarumweltprogramme eine untergeordnete Rolle spielen. Es wurden alle ostdeutschen Flächenstaaten und drei per Zufall ausgewählte westdeutsche Flächenstaaten untersucht. In den neuen Bundesländern konnten allerdings nicht alle der aktiven und oben angeführten Verbände in die Untersuchung einbezogen werden, da von Seiten des Verbandes kein Ansprechpartner zur Verfügung stand oder sich der Verband nicht direkt mit AUP beschäftigt. Insgesamt wurden im Zeitraum April-August 2005 dreizehn telefonische Interviews mit den Vertretern und Vertreterinnen der Umweltverbände durchgeführt. Die Daten für Sachsen-Anhalt stammen aus persönlichen Interviews (Januar und Februar 2004), die im Rahmen einer anderen Erhebung geführt wurden. Tabelle 1 zeigt, welche Verbände in welchem Bundesland befragt wurden. Weiterhin ist dargestellt, welches Ministerium für die Agrarumweltprogramme zuständig ist und ob die Zuständigkeiten für Umwelt/Naturschutz und Landwirtschaft in einem Ministerium vereint oder auf zwei Ministerien verteilt sind. In der letzten Spalte ist angegeben, welche Partei(en) in jeweiligem Bundesland derzeit regieren. Diese Information wurde aufgenommen, um Rückschlüsse auf mögliche Einflüsse der

³ Dabei gab es nur zwei Rückmeldungen: „Nachbesserungen“ wurden von Seiten des Ökoherz Thüringen und des NABU Baden-Württemberg gewünscht.

⁴ Laut Angaben auf den jeweiligen Internetseiten der Verbände hat der BUND fast 400.000 Mitglieder, der NABU deutschlandweit über 380.000 Mitglieder. (www.bund.net und www.nabu.de, Stand September 2005)

⁵ So wurde die Grüne Liga in Sachsen-Anhalt zum November 2004 aufgelöst (LEIPELT 2005, mdl.)

„Regierungsfarbe“ erkennen zu können. Bezogen auf die Zuständigkeiten wurde angenommen, dass die Aufteilung der Arbeitsbereiche auf zwei selbständige Ministerien die Kommunikation und damit die Zusammenarbeit erschweren.

Informationen zu allen Verbänden sind leicht über Internet zugänglich. Die telefonische Erreichbarkeit variiert zwischen den Verbänden stark. Abhängig war dies in erster Linie von den zeitlichen Ressourcen der Ansprechpartner. Die Ansprechpartner wiederum unterschieden sich in ihrer Funktion und Position im Verband. Das heißt, es wurden sowohl Interviews mit den Landesgeschäftsführern wie auch mit ehrenamtlichen Mitarbeitern geführt, je nach Zuständigkeit für Agrarumweltprogramme.

Der strukturelle Aufbau der großen Verbände ähnelt sich. So gibt es auf Bundesebene den Bundesverband, in den Bundesländern haben sich Landesverbände gegründet. Innerhalb der Länder gibt es wiederum Kreis- und Ortsgruppen. In der Landesgeschäftsstelle ist jeweils ein hauptamtlich tätiger Geschäftsführer angestellt (wird für seine Tätigkeit bezahlt). Der Landesvorsitzende wird gewählt und ist meist ehrenamtlich tätig. Diese Position kann aber auch teils oder voll bezahlt werden. Je nach finanzieller Ausstattung kommen zu diesem Kern noch weitere, überwiegend ehrenamtliche Mitarbeiter hinzu. Die Landesverbände können autonome Entscheidung über ihre Finanzen treffen. Projekte werden mit dem Bundesverband abgestimmt, teilweise werden eigene aufgestellt. Es gibt sowohl gemeinsame als auch landesspezifische Aktionen. Die Landesverbände sind für die Pflege der Kontakte auf Landesebene zuständig und setzen dort ihre eigenen Schwerpunkte (GARUS 2005, mdl.). Die Aussagen der Landesverbände sind daher nur für die Beziehungen zum jeweiligen Landesministerium gültig. Aus Sicht der Befragten sollten keine verallgemeinernden, deutschlandweit gültigen Aussagen zum NABU oder BUND abgeleitet werden. Es versteht sich von selbst, dass die Befragungsergebnisse eine Momentaufnahme darstellen, die durch weitere Untersuchung validiert werden müsste.

Tabelle 1: Erhebungsbasis (Übersicht der befragten Umweltverbände und Informationen zu den Bundesländern)

Bundesland	Befragte Umweltverbände	Für Agrarumweltprogramme zuständiges Ministerium*	Bereiche Umwelt/Naturschutz und Landwirtschaft*	Regierungsparteien*
Baden-Württemberg	BUND NABU	Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum, Baden-Württemberg (MLR) ⁶	z.T. kombiniert	CDU-FDP
Brandenburg	BUND Grüne Liga	Ministerium für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Verbraucherschutz (MLUV)	kombiniert	CDU-SPD
Mecklenburg-Vorpommern	BUND	Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Fischerei (LM)	einzel	SPD-PDS
Niedersachsen	BUND NABU	Niedersächsisches Ministerium für den ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (ML)	einzel	CDU-FDP
Sachsen	NABU Grüne Liga	Sächsisches Staatsministerium für Umwelt und Landwirtschaft (SMUL)	kombiniert	CDU-FDP
Sachsen-Anhalt	BUND NABU	Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt (MLU)	kombiniert	CDU-FDP
Schleswig-Holstein	BUND NABU	Ministerium für Landwirtschaft Umwelt und ländliche Räume	kombiniert	CDU-SPD
Thüringen	BUND Grüne Liga (bzw. Ökoherz e.V.)	Thüringer Ministerium für Landwirtschaft, Naturschutz und Umwelt (TMLNU)	kombiniert	CDU

* Stand August 2005

Einzel = Zuständigkeiten sind auf zwei Landesministerien verteilt

Kombiniert = Zuständigkeiten sind „unter einem Dach“, d.h. in einem einzigen Ministerium angesiedelt.

Quelle: Eigene Darstellung

3. Kontakt und Zusammenarbeit mit Behörden

Bei der Gestaltung von Agrarumweltprogrammen finden die meisten Kontakte zwischen Umweltverbänden und den Landesministerien für Landwirtschaft und Umwelt statt. An zweiter Stelle stehen die Naturschutz- und Landschaftspflegebehörden. Mit diesen Behörden

⁶ Enthält das für Agrarumweltprogramme relevante Naturschutzressort (EBERHARDT-SCHAD 2005); für den Umweltbereich im engeren Sinne (Boden, Wasser, Luft, Lärm, Energie, Siedlung) ist das Umweltministerium zuständig.

tauschen sich die Verbände zu Sachfragen⁷ und bei der Mängelfeststellung in der Umsetzung einzelner Maßnahmen⁸ aus. Kontakte zu den Landwirtschaftsämtern sind dagegen selten. Vereinzelt kommt es bei Sachfragen zum Austausch (z.B. in Baden-Württemberg) oder im Rahmen von Antragsstellungen, wenn sie z.B. in Zusammenhang mit der Bewirtschaftung verbandseigener Flächen stehen (Sachsen). Im Rahmen von Boden- und Flurbereinigerungsverfahren nutzen einige Umweltverbände die Chance, Informationen zu erhalten oder Gelder für naturschutzfachliche Maßnahmen zu akquirieren (Sachsen-Anhalt). Da die Kontakte zu den Ministerien überwiegen und Entscheidungen über Agrarumweltprogramme auf dieser Ebene getroffen werden, konzentrieren sich die folgenden Ausführungen auf die Kontakte zwischen Verbänden und Ministerium.

Umfang und Qualität der Zusammenarbeit zwischen den Natur- und Umweltschutzverbänden und dem zuständigen Ministerium sind je nach Bundesland unterschiedlich ausgeprägt. In den Ländern Schleswig-Holstein, Baden-Württemberg und Thüringen (1) wurde die Zusammenarbeit als zufrieden stellend, in den Ländern Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen (2) als unbefriedigend beschrieben. In Niedersachsen und Sachsen-Anhalt (3) bewerteten die Verbände die Zusammenarbeit unterschiedlich. Während der NABU sich in beiden Ländern positiv äußerte, wurde die Qualität der Zusammenarbeit durch den BUND negativ bewertet.

Die Ergebnisse der Befragung werden gegliedert nach diesen Gruppen vorgestellt.

3.1 Situation in Schleswig Holstein, Thüringen und Baden-Württemberg

Schleswig-Holstein

In Schleswig-Holstein wurde die Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Landwirtschaft Umwelt und Ländliche Räume unter der *alten* Regierung (rot-grün) von beiden Verbänden als sehr gut beschrieben. Es fand ein regelmäßiger gegenseitiger Austausch statt. Die Ansprechpartner der Umweltverbände variierten je nach Problem oder Fragestellung und reichten vom Sachbearbeiter bis zum Ministerbüro. Bei kurzen Fragen oder Anmerkungen überwogen telefonische Kontakte. Außerdem gab es offizielle Veranstaltungen und Treffen zu verschiedenen Themen. Bei der Diskussion der Agrarumweltprogramme lieferte das Ministerium aus Sicht der Verbände „insgesamt durchaus gute“ Vorschläge. Die Verbände gaben schriftliche und mündliche Einwendungen ab, die teilweise integriert wurden. Ein Befragter gab an, dass nicht alle Vorschläge berücksichtigt werden konnten, „was für die Verbände aber auch annehmbar war.“ Insgesamt wurde das schleswig-holsteinische Modell als das europaweit umfangreichste Beteiligungskonzept beschrieben. Selbst in ministeriellen Arbeitsgruppen, in

⁷ Thüringen Öko-Herz e.V., Baden-Württemberg

⁸ Niedersachsen NABU, Sachsen NABU

denen die Mitarbeit der Natur- und Umweltschutzverbände nicht vorgesehen war, wurden diese auf Nachfrage integriert.

Ermöglicht und gefördert wurde dies durch ähnliche inhaltliche Vorstellungen von Ministerium und Umweltverbänden sowie durch das „vertrauensvolle Verhältnis“ zwischen Minister, Staatssekretär und Umweltschutzvertretern. Weiterhin hätten sich die Verwaltungsmitarbeiter, angeregt durch ihre Vorgesetzten, sehr engagiert und kooperativ verhalten, was die Verbände als „großes Entgegenkommen“ des Ministeriums wahrnahmen. Über die Jahre seien gute persönliche Kontakte entstanden, die die Zusammenarbeit erleichtern. Beide Verbände sehen sich nur durch die generell knappen finanziellen und personellen Ressourcen in ihrer Arbeit behindert.

Bereits bei der Befragung im Mai äußerte der BUND seine Befürchtung, dass die Zusammenarbeit mit der neuen Landesregierung schwieriger werden könne. Ursachen könnten Personalwechsel und geänderte politische Vorgaben sein. „Oft sind es Kleinigkeiten, die Probleme machen“, z.B. weniger Zeit für schriftliche Stellungnahmen oder insgesamt weniger Informations- und Diskussionsveranstaltungen in der Phase der Entscheidungsvorbereitung. Diese Veranstaltungen boten nämlich die Möglichkeit Meinungen zu erkunden, Diskussionsbedarf zu erkennen, viele Mitarbeiter persönlich kennen zu lernen, Zuständigkeiten zu erfahren und Kontakte aufzubauen.

Tatsächlich schien sich diese Befürchtung zu bewahrheiten. Beim Interview mit dem NABU im August äußerte sich der Vertreter sehr negativ über die Entwicklung nach dem Regierungswechsel. Das ehemals „vertrauensvolle Verhältnis“ zwischen Ministerium und Umweltschutzverbänden sei nicht mehr vorhanden. Das Ministerium hätte jede Möglichkeit genutzt, sich in der Ausrichtung zu verändern. So wurden z.B. die Zahlungen für Maßnahmen im Ackerbaubereich angehoben, während die Grünlandprämien gesenkt wurden. Derzeit werde eine Zusammenarbeit weder „von oben“ noch „vom Mittelbau“ angestrebt.

Thüringen

Die in Thüringen befragten Verbände schätzten ein, dass sich die Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Landwirtschaft, Naturschutz und Umwelt (TMLNU) in den letzten Jahren verbessert habe.⁹ „Allerdings gibt es zunehmend Probleme durch die haushaltsbedingten Kürzungen der entsprechenden finanziellen Mittel und durch die zu geringen Mitsprache-/Mitentscheidungsmöglichkeiten bei wichtigen Sachfragen.“ (AUGSTEN 2005) Die Umweltverbände sind Mitglied in den wichtigsten Beiräten, z.B. KULAP (Kulturlandschaftsprogramm), EAGFL (Europäischer Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft),

⁹ Der Eindruck aus den Interviews, die Verbände seien mit der Zusammenarbeit „zufrieden“ wurde in einer Rückmeldung nicht geteilt, die Formulierung sei zu positiv und es gäbe noch Verbesserungsbedarf.

LEADER¹⁰ (Gemeinschaftsinitiative für die ländliche Entwicklung). Die Zusammenarbeit mit dem Ministerium läuft über diese Beiräte, durch die eine Einflussnahme möglich sei. Pro Arbeitsgruppe (= Beirat) finden ca. 4-5mal im Jahr Treffen statt. Ansprechpartner für die Vertreter der Umweltverbände sind die zuständigen Referatsleiter.

Die Verbändelandschaft in Thüringen weist zwei Besonderheiten auf. Zum einen vertritt der Ökolandbau-Förderverein „Thüringer Ökoherz e.V.“ als landesweit tätiger Dachverband die Interessen aller in Thüringen aktiven Biobauern und Bio-Anbauverbände. Zum anderen arbeiten die wichtigsten Verbände (BUND, NABU, Grüne Liga, Thüringer Ökoherz e.V., AG Heimische Orchideen) im Landesarbeitskreis (LAK) „Ländlicher Raum, Landwirtschaft und Umwelt“ intensiv zusammen. So ist es möglich, unterschiedliche Positionen innerhalb der Verbände zu diskutieren und zu einheitlichen Forderungen gegenüber dem TMLNU zu kommen. Dies wiederum führt zu einer hohen Effizienz der Arbeit der Umweltverbände mit anderen Wirtschafts- und Sozialpartnern bzw. den Ministerien. Anders ausgedrückt: Diese Bündelung der Kräfte und die effiziente Vorarbeit „machen es dem Ministerium schwer sich herauszureden“, es wird „sozusagen zur Kooperation gezwungen“. Die Verbandsvertreter sind überzeugt, dass das Thüringer Ministerium allgemein nicht mehr oder weniger zur Zusammenarbeit bereit ist als dies bei anderen Landesministerien der Fall ist.

Die Arbeit der Umweltverbände wird nach Aussage der Befragten durch die „fehlenden Kapazitäten“ behindert. Die meisten Vertreter der Naturschutzverbände arbeiten ehrenamtlich, während die Vertreter des Bauernverbandes angestellt sind. Darum fordern die Natur- und Umweltschutzverbände einstimmig mehr finanzielle Unterstützung. Ebenso wünscht man sich mehr „Kraft der Stimme“ – eine Übernahme der Verhandlungsergebnisse sei nicht garantiert. Damit werden die aus Sicht der Verbände noch nicht optimalen Abstimmungsverfahren kritisiert.

Baden-Württemberg

In Baden-Württemberg wurde die Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum als „gut“¹¹ bis sehr gut bewertet. So finden zwischen NABU und Ministerium ca. 8-10mal im Jahr regelmäßige Gesprächsrunden statt, in denen verschiedene Themen diskutiert werden. Hier werden von den Verbänden Vorschläge gemacht, die in Teilen auch umgesetzt werden. Neben diesen organisierten Treffen gibt es je nach Verband unterschiedlich häufige telefonische Kontakte für die Klärung von Detailfragen. Ansprechpartner finden sich auf allen Ebenen. Sowohl der Minister und der Staatssekretär als auch die zuständigen

¹⁰ LEADER; Liaison entre Actions de Développement de l'Economie Rurale/Verbindungen zwischen Aktionen zur Entwicklung der ländlichen Wirtschaft

¹¹ Bei Rückmeldungen zur Auswertung der Interviews wurde von einem Verband gewünscht, die erst „sehr gute“ Einschätzung auf ein „gut“ zu revidieren, es wurde befürchtet, das Ministerium könnte die Aussage sonst zu sehr zu seinem Gunsten auslegen und zum Nachteil der Verbände verwenden.

Referatsleiter und Sachbearbeiter werden kontaktiert. Im Rahmen der Fortschreibung von MEKA (Marktentlastungs- und Kulturlandschaftsausgleichsprogramm) wurde von NABU und BUND ein Papier erarbeitet, das auch mit den Bauernverbänden durchgesprochen wurde. Das gemeinsame Papier wurde anschließend intensiv mit dem Ministerium diskutiert.¹² Die Umweltverbände bezeichneten die Ergebnisse als „verhältnismäßig gut“.

Einen wichtigen Grund für die erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen Ministerium und Umweltverbänden sehen die Befragten in der guten Qualifizierung der Ansprechpartner auf Verbandsseite. Das führe dazu, dass man als Gesprächs- und Verhandlungspartner ernst genommen werde. Die inhaltlich gute Arbeit werde sichergestellt durch die an den NABU angeschlossenen Institute für Landschaftsökologie und Naturschutz mit Sitz in Bühl und Singen sowie das Institut für Agrarökologie und Biodiversität in Mannheim. Die Befragten beschreiben die informellen Kontakte als „gut ausgeprägt“, die persönliche Ebene stimme. Zu diesen subjektiven Faktoren kommen objektive Faktoren: Die Umweltverbände in Baden-Württemberg sind im Vergleich zu anderen Landesverbänden mitgliederstark und besitzen daher politische Macht. Die Landwirtschaft in Baden-Württemberg ist durch kleinräumige Strukturen gekennzeichnet, was die Bedeutung von Förderprogrammen für die Landwirtschaft erhöht.

Von beiden Umweltverbänden wird die Haltung des Bauernverbandes, der oft nur als „Besitzstandswahrer“ agiere, als problematisch eingestuft. Die befragten Verbandsvertreter wünschen sich, dass die Diskussion noch ergebnisoffener geführt werden könne. Aus Sicht der Umweltverbände müssten die Agrarumweltprogramme in ihrer Grundausrichtung verändert werden. Das würde eine Abkehr von der Massenförderung, den „breiten Programmen“, bedeuten. Diese würden ökologisch wenig Sinn machen. Eine Strategie aus gezielteren Ansätzen stößt jedoch schnell auf Grenzen, da die Breitenförderung das Anliegen der Landwirtschaft ist. Der Vertreter des BUND favorisiert außerdem eine „breitere Bürgerbeteiligung“ im Bereich der Agrarumweltprogramme, zu der jedoch noch keine konkreten Vorstellungen über eine praktische Realisierung vorliegen.

3.2 Situation in Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen

Brandenburg

In Brandenburg findet der Kontakt zwischen dem Ministerium für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Verbraucherschutz (MLUV) und den Umweltverbänden nur im Rahmen der gesetzlich vorgeschriebenen Beteiligungsverfahren statt. Das bedeutet, dass schriftliche Stellungnahmen und Einwendungen zur Ausgestaltung der Agrarumweltprogramme nach

¹² Der Prozess wurde von WILSON (1995) beschrieben.

einem formalen Verfahren ans Ministerium gegeben werden. Nach Angabe der Verbände finden diese Vorschläge meist keine Berücksichtigung.

Hinderlich für eine weiterreichende Beteiligung sei das „Problem der politischen Kultur“. Wenn die Naturschutzverbände einbezogen würden, hätte dies meist nur Alibi-Funktion. Die befragten Verbandsvertreter beklagten, dass auf die Naturschutzverbände nicht gehört werde, Eingaben nicht berücksichtigt und Argumente abgewehrt würden. „Grund dafür ist nicht das System, sondern die allgemeine politische Großwetterlage“. Eine Zusammenarbeit wäre überhaupt nur möglich, wenn ein „Wandel in der politischen Kultur“ stattfände. Die Vertreterin der Grünen Liga führte aus, dass der Schwerpunkt im MLUV eher in der Landwirtschaft als im Umweltbereich liege, was die Zusammenarbeit zusätzlich erschweren würde. Außerdem führe die demographische Entwicklung in Brandenburg (Abwanderung der Jüngeren) zu einem „Ausbluten“ der Verbände. Dies verringere zunehmend die personellen Ressourcen.

Trotz dieser negativen Einschätzung zeigten sich beide Verbände an einer Beteiligung an den Entscheidungsprozessen interessiert. Eine Möglichkeit dazu böte der in Brandenburg bereits bestehende „Beirat für Umweltschutz und Landschaftsnutzung“, der jetzt in einen „Nachhaltigkeitsbeirat“¹³ umgewandelt werde. Nach Ansicht des NABU wäre es ein Schritt in die richtige Richtung, wenn die Umweltverbände in diesem Rahmen stärker einbezogen und als gleichberechtigter Partner behandelt werden würde.

Als vorrangiges Ziel verfolgen die Umweltverbände die Nachhaltigkeit von Agrarumweltmaßnahmen. Das heißt für sie, dass Maßnahmen längerfristig angelegt und abgesichert sein sollten. Ein Verpflichtungszeitraum von fünf Jahren sei in vielen Fällen zu kurz um einen Erfolg sicherzustellen und daher nur wenig sinnvoll. Ein Anliegen der Grünen Liga wäre zudem die vollständige Umsetzung der Verträge. Hier wurde kritisiert, dass bestimmte Typen von Verträgen zwischen Ministerium und Landwirt allzu oft nicht eingehalten werden. Deren Überprüfung (und Ahndung bei Nichteinhaltung) „bringt Unruhe in die Behörde“, weshalb eine verstärkte Prüfung über das gesetzlich geforderte Mindestmaß hinaus bislang vermieden werde, obwohl sie dringend nötig sei.

Mecklenburg-Vorpommern

Ähnlich unzufrieden mit der bisherigen Zusammenarbeit äußerte man sich in Mecklenburg-Vorpommern. Hier gibt es zwar vereinzelt Gespräche zwischen dem Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Fischerei und den Umweltverbänden, aber auch hier

¹³ Besteht seit 1990. Seit 1999 „Beirat für Umwelt und Landnutzung“. Der Umweltminister beruft (jeweils zu Beginn der Legislaturperioden) kompetente Vertreter von Organisationen, die sich in besonderer Weise den Aufgaben des Natur- und Umweltschutzes, der nachhaltigen Landschaftsnutzung und der Landschaftspflege, der Entwicklung der ländlichen Räume und der Umweltbildung und -erziehung widmen. Weitere Informationen unter: http://www.brandenburg.de/cms/detail.php?id=146066&_siteid=35.

wird über eine eher mangelhafte Berücksichtigung der Naturschutzinteressen geklagt. Die „Umweltallianz Landwirtschaft“ mit dem Ziel der EU-Programmplanung war ein Versuch, die Zusammenarbeit von Landwirtschaftsvertretern, Vertretern aus dem Naturschutzbereich (NABU, BUND, Grüne Liga) und Behörden zu institutionalisieren. Dieser Versuch scheiterte 2003 mit dem Ausstieg der Umweltverbände und der ökologischen Anbauverbände. Grund dafür war aus Sicht der Umweltverbände der „mangelnde Erfolg für Naturschutzziele“ und die mangelnde Umsetzung der Beratungsergebnisse. Ein zentraler Kritikpunkt war, dass „anders entschieden wurde als beraten und die Entscheidungen später nur aus der Zeitung zu erfahren waren“. Im Zusammenhang mit der unbefriedigenden Zusammenarbeit wurde vor allem die „Interessenswahrung der konventionellen Landwirtschaft“ problematisiert. Die Befragten machten unter anderem den Druck der Agrarlobby für die fehlende Kooperation des Ministeriums verantwortlich. Die Interessen der Landwirtschaft trafen im Ministerium aufgrund wirtschaftlicher Aspekte wie Arbeitsplatzsicherung auf mehr Verständnis und das ungleichgewichtige Verhältnis in der Personalausstattung von Umweltverbänden (2 Ansprechpartner für AUP) und Bauernverband (16) führe dazu, dass die Vertreter der Landwirtschaft „präsenster“ seien.

Wichtig wäre dem Vertreter des BUND ein politischer Paradigmenwechsel auf Landesebene, wie er auf der Bundesebene bereits vollzogen sei. Schleswig-Holstein sei ein gutes Beispiel für eine entsprechende Umsetzung.¹⁴ Der bisherige Ansatz der „Umweltallianz Landwirtschaft“ wird grundsätzlich positiv eingeschätzt. Um jedoch eine „echte“ Beteiligung an den Entscheidungsprozessen sicherzustellen, bräuchte das Gremium Entscheidungskompetenzen, die über die eines Beirates hinausgingen. Bisher hinterließ die Institution des Beirates bei den Beteiligten eher den Eindruck von „schön, dass wir darüber geredet haben“.

Sachsen

Auch in Sachsen (Sächsisches Ministerium für Umwelt und Landwirtschaft, SMUL) gibt es dem NABU zufolge kaum Mitgestaltungsmöglichkeiten für die Umweltverbände. Zwar fänden manchmal gemeinsame Treffen von Verbänden, Ministern und Abgeordneten statt, aber dieses Gremium sei aufgrund der unterschiedlichen Positionen und Interessenslagen sehr schwerfällig. Das Gremium sollte kontinuierlicher und regelmäßiger arbeiten. Als konkreter Vorschlag wurde angeführt, den Teilnehmerkreis des Gremiums zu verringern, um dessen Flexibilität zu erhöhen. Der Informationsaustausch müsse generell verbessert werden. Die Umweltverbände werden oft viel zu spät informiert, so dass Einwendungen nicht rechtzeitig geltend gemacht werden können. Das Ministerium sollte vermehrt das Gespräch suchen und die Zusammenarbeit als Chance betrachten.

¹⁴ Hier ist mit großer Wahrscheinlichkeit die Situation vor dem Regierungswechsel gemeint.

Positiver wird aus Sicht der befragte Verbandsvertreter die persönliche Zusammenarbeit in der Vergangenheit beschrieben. Mit dem ehemaligen Abteilungsleiter des Fachbereichs für Agrarpolitik und Umweltfragen seien konstruktive Gespräche möglich gewesen, in denen Positionen und Probleme dargelegt und besprochen wurden. Anregungen aus diesen Gesprächen wurden in Ansätzen in die Arbeit des Ministeriums integriert. Seit einem Personalwechsel sei dies nicht mehr möglich, da der neue Abteilungsleiter nicht an Gesprächen interessiert sei.

In der vorherigen Förderperiode hätte es im Hinblick auf EAGFL (Europäischer Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft) die Möglichkeit gegeben, im Rahmen von öffentlichen Veranstaltungen über die Verwendung der Mittel zu diskutieren und über schriftlichen Stellungnahmen kritische Hinweise zu geben, um so auf die endgültige Ausgestaltung Einfluss zu nehmen. In die Entscheidungen, die die Ausgestaltungen der Agrarumweltprogramme in der neuen Förderperiode (ab 2007) betreffen, sei man dagegen nicht eingebunden worden. Der Vertreter des NABU gab zu bedenken, dass „der Naturschutz in unsicheren wirtschaftlichen Zeiten weniger gefragt ist.“ Das heißt auch, dass das Wählerpotenzial in diesem Bereich sinke und die Regierung sich in diesem Bereich nicht so sehr engagiere.

Die Interviewpartner beklagten, dass die Mitarbeiter im Ministerium die Arbeit der Natur- und Umweltschutzverbände zu wenig schätzen. Die Rolle und Möglichkeiten der Verbände würden heruntergespielt und unterschätzt. Daraus resultiert der Wunsch nach mehr Anerkennung für die Leistungen der Naturschutzverbände. Zum Beispiel erbrächten Verbände als wesentliche Partner in der Landschaftspflege vielfältige Leistungen. Bei dem Versuch, sich bei der Entwicklung neuer Pflegekonzepte einzubringen, würden die Vorschläge der Verbände aber eher als lästig betrachtet.

Ähnlich kritisch äußerte sich die Vertreterin der Grünen Liga. Sie führt ebenfalls strukturelle Gründe für die unbefriedigende Zusammenarbeit mit dem Ministerium an. So sei die Ausrichtung und Arbeitsweise des Ministeriums „traditionell patriarchisch“ und nicht beteiligungsorientiert, partizipative Gestaltungsmöglichkeiten wären von vornherein nicht vorgesehen und würden somit auch nicht genutzt. Eine Beteiligung erfolge nur im Rahmen der von der EU vorgeschriebenen Beteiligungsverfahren.

Ebenso beschränke das Ministerium den Informationsfluss und leite Informationen nur dann weiter wenn dieses gesetzlich vorgeschrieben werde. Stellungnahmen anderer Verbände verbleiben beispielsweise innerhalb des Ministeriums. Dies führe zu einem deutlichen Informationsgefälle und Machtgefälle zwischen dem Ministerium und den Verbänden und erschwere die Diskussion und Zusammenarbeit. Diese Problematik bestehe nicht nur für die Umweltverbände sondern betreffe auch die Wirtschaftsverbände. Die Anhörungen selbst sind nach Ansicht der Vertreterin „scheindemokratisch“, denn „die Entscheidungen werden vorher getroffen.“ All dies führe zu Frustrationen auf Seiten der Verbände.

Um die Beteiligung an den Entscheidungsprozessen zu verbessern, müsse man daher die Transparenz und den Zugang zu Daten verbessern. Ebenso wäre als Entscheidungsgrundlage eine Evaluierung der Programme („Was ist mit welchen Mitteln erreicht worden?“) sinnvoll. Und schließlich sollte eine Aufwandsentschädigung angedacht werden, die es den Verbänden ermöglicht sich trotz knapper Ressourcen ähnlich intensiv wie die finanziell besser ausgestatteten Wirtschaftsverbände in die Entscheidungsprozesse zu integrieren.

Wie in Brandenburg wird die Nachhaltigkeit von Maßnahmen als oberstes Ziel genannt, das stärker in den Fokus der Mittelverwendung gebracht werden sollte. Mittel- und langfristige Umweltziele spielen bei Entscheidungen über die Mittelverwendung kaum eine Rolle.

3.3 Situation in Niedersachsen und Sachsen-Anhalt

Niedersachsen

Die Umweltverbände in Niedersachsen bewerteten die Zusammenarbeit mit dem Ministerium für den ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz unterschiedlich. Während der NABU sich positiv äußerte, wurde die Qualität der Zusammenarbeit durch den BUND negativ bewertet.

Dem BUND zufolge findet eine Zusammenarbeit in engerem Sinne nicht statt. Eine Beteiligung erfolge nur im Rahmen der üblichen Beteiligungsverfahren. Grund hierfür sei die starke Lobby der konventionellen Landwirtschaft und die Haltung der Landesregierung. Die Landwirtschaft ist im Flächenland Niedersachsen stark industrialisiert und zudem ein bedeutender Wirtschaftsfaktor. Dementsprechend hätten die Interessen der Landwirtschaft mehr Gewicht als Umweltschutzanliegen. Außerdem wurden die Interessen der Landwirtschaft und des Naturschutzes als gegensätzlich wahrgenommen. Dadurch bedingt sei ein Gespräch auf gleicher Augenhöhe mit dem Ministerium nicht möglich und die Naturschutzverbände würden nicht als gleichwertige Partner in Diskussionen und Entscheidungsprozessen akzeptiert. Eine Änderung dieser Situation sei nur nach einem erneuten Regierungswechsel zu erwarten, denn unter der alten Landesregierung (Rot-Grün) seien die Naturschutzverbände – wenn auch nicht optimal – stärker in die Entscheidungsprozesse eingebunden gewesen.

Im Rahmen einer verbesserten Beteiligung wünscht sich der BUND eine Umsetzung seiner Vorschläge in konkrete Maßnahmen. Wenn die Landwirte diese nicht annähmen, „könnten die Maßnahmen ja wieder fallengelassen werden“. Der Grundsatz der Freiwilligkeit bliebe für den Landwirt gewahrt, schließlich würde kein Landwirt zu einer Maßnahme gezwungen. Der BUND erhofft von einer vermehrten Integration der Naturschutzverbände, dass das Naturschutzziel der Agrarumweltprogramme wieder in den Vordergrund rückt. Zurzeit gingen die Agrarumweltprogramme „in die völlig falsche Richtung“. Das bedeutet, der Naturschutz sei gar nicht das erste Anliegen der Programme, sondern die Zahlungen an die Landwirte.

Aus der Sicht des NABU Niedersachsen dagegen ist die Zusammenarbeit mit dem Ministerium durchaus zufrieden stellend. Ansprechpartner finden sich auf allen Ebenen, also je nach Problemstellung vom Minister bis zu einzelnen Sachbearbeitern. Der NABU steht im stetigen Kontakt mit dem Ministerium (ca. einmal im Monat) und ist Mitglied im „Ziel 2 Begleitausschuss“, der über die Verteilung der Gelder bestimmt. Dort können Vorschläge vorgetragen und diskutiert werden. Obwohl diese nicht immer angenommen werden, da „die Mehrheit auf der anderen Seite liegt“, wird die Diskussion und Zusammenarbeit insgesamt als zielführend beschrieben. Positiv auf die Zusammenarbeit haben sich zum einen die guten persönlichen Kontakte zu den Mitarbeitern des Ministeriums ausgewirkt („man versteht sich auf der menschlichen Ebene“). Zum anderen trägt die Kompetenz und das Fachwissen der Vertreter des NABU dazu bei, als Partner in der Entscheidungsfindung anerkannt zu werden. Als problematisch wird allerdings die Tendenz betrachtet, dass der Umweltschutzgedanke zunehmend an Gewicht verliere. Vielmehr steht oft die Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen im Vordergrund, auch auf Kosten der Natur. Ebenso problematisch sei, dass der NABU keine Förderung für seine Arbeit erhalte. Dies führe dazu, dass der Verband auf ehrenamtliche Mitarbeiter angewiesen sei. Die „knappen personellen Ressourcen“ erschweren die Einarbeitung in und kontinuierliche Begleitung von Themen wie z.B. den Agrarumweltprogrammen, die nicht vorrangig zum Tagesgeschäft gehören. Gewünscht wird von Seiten des Verbandes eine noch frühzeitigere Information und Beteiligung – das sei unter der alten Regierung besser gelaufen.

Ein Grund für die unterschiedlichen Erfahrungen der beiden Verbände mit der Zusammenarbeit wird in der parteipolitischen Bindung des BUND gesehen. Auch der NABU war mit der Zusammenarbeit unter der alten Regierung zufriedener - „früher war die Zusammenarbeit sehr gut, heute ist sie gut“. Dennoch sei der Verband auch unter der derzeitigen Regierung stets zur Zusammenarbeit bereit, während der BUND konfrontativer vorgehe und weniger bereit wäre, sich mit den jetzigen Regierungsvertretern an einen Tisch zu setzen.

Sachsen-Anhalt

Auch in Sachsen-Anhalt wurde die Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt von BUND und NABU unterschiedlich bewertet.

Die Vertreterin des NABU charakterisiert die Zusammenarbeit mit dem Ministerium als gut. Wie in Niedersachsen fällt auf, dass auch in Sachsen-Anhalt die Zusammenarbeit unter der früheren Regierung in einigen Bereichen als besser hervorgehoben wird. Beispielsweise luden Referenten der Naturschutzabteilung die Verbandsvertreter zu regelmäßigen Gesprächen mit verschiedenen Themen in kleiner formloser Runde ein.

Sowohl BUND als auch NABU werden als „Wirtschafts- und Sozialpartner“ beteiligt und sind Mitglied in mehreren Ausschüssen (Regionaler Begleitausschuss, Leader Plus). Im

Bereich Agrarumweltprogramme werden die Umweltverbände zu Gesprächsrunden ins Ministerium gebeten, wenn aktuelle Entwicklungen dies nötig machen. Meist haben diese Runden den Charakter von Informationsveranstaltungen. Schriftliche Informationen werden zugesandt oder mitgegeben, woraufhin der Verband schriftliche Stellungnahmen abgeben kann. Wenn sich beim Verband weiterer Gesprächsbedarf abzeichnet, werden auf Anfrage des Verbandes vom Ministerium durchaus zusätzliche Gespräche in kleiner Runde gewährt. Aus Sicht des NABU stellen die im Ergebnis gefundenen Regelungen häufig Kompromisslösungen dar, aber „EU-Zwänge“ oder „Kofinanzierungsschwierigkeiten“ seien einleuchtend und so zeigt sich der Verband einsichtig, selbst wenn seine Vorstellungen nicht berücksichtigt werden.

Ein wichtiger Grund für die gute Zusammenarbeit liegt auf der zwischenmenschlichen Ebene, die unabhängig von der jeweiligen Regierung oder Stellenbesetzung kontinuierlich gepflegt wird. Die Qualität und Häufigkeit der persönlichen Kontakte zu Mitarbeitern auf allen Ebenen hängt von der jeweiligen Persönlichkeit ab. Ehrlichkeit und Offenheit werden geschätzt.

Die Vertreterin des NABU bedauert, dass allgemein nicht die Zeit vorhanden sei, „sich in alle Änderungen reinzulesen“, dafür sei der Komplex Agrarumweltprogramme zu umfangreich. Durch gute Kontakte zum Landesbauernverband und zum Vertreter eines ökologischen Anbauverbandes ist jedoch die Information über grundsätzliche Entwicklungen sichergestellt. Auch von Seiten des NABU wird die abnehmende und nicht ausreichende öffentliche Förderung für die Arbeit der Naturschutzverbände beklagt, die zu personellen Engpässen führe und eine Konzentration der Kräfte auf wenige wichtige Projekte erforderlich mache. Die Agrarumweltprogramme gehören nicht zu diesen prioritären Aufgaben. Aus Sicht des NABU sind Vertragsnaturschutz-Maßnahmen hinsichtlich des Naturschutzaspektes günstiger als andere Agrarumweltmaßnahmen, da hier der Naturschutz im Mittelpunkt steht und nicht die Landwirtschaft (aus Sicht des Landwirts wäre finanziell der Erschwernisausgleich günstiger). Ein Schwerpunkt der Verbandsarbeit ist der Artenschutz, daher sei Grünland- und Wiesenbrüterprogrammen (die zum Vertragsnaturschutz gehören) der Vorrang zu geben.

Im Gegensatz zum NABU äußerte sich der Vertreter des BUND unzufrieden über die Zusammenarbeit mit dem Ministerium. Unter der früheren Regierung hätten regelmäßige Verbandsgespräche stattgefunden. Die vierteljährlich zu allgemeinen Themen stattfindenden Termine wurden durch zusätzliche Gespräche zu bestimmten Themen außer der Reihe ergänzt. Nach Ansicht des Verbandes sei das Ministerium damals besser auf die Verbandsvorschläge eingegangen. Zu dieser Zeit hatte der Verbandsvertreter bestimmte Ansprechpartner, „da kam auch mal ein Anruf, um einen Haken im Projektantrag auszubügeln“. Für die derzeitige Situation wird die Leitungsebene im Ministerium verantwortlich gemacht: „Unter dieser Hausleitung gibt es das nicht mehr“. Einen weiteren Kritikpunkt verdeutlicht die folgende Aussage: „Das Ministerium bringt es durch seine derzeitige Politik fertig, die Verbandslandschaft zu teilen.“

Als wichtigste Barriere für die Zusammenarbeit wird der schlechte Informationsfluss genannt. Es gäbe entweder keine Einladungen oder zu kurzfristig angesetzte Termine für Verbandsgespräche. Wenn sie doch stattfinden, sind sie zu spät im Entscheidungsprozess angesetzt. Kritisiert wird die Bezeichnung der Gespräche als „Verhandlung“, obwohl die Entscheidungen bereits im Vorfeld feststehen. Durch diese Entwicklung ging das Vertrauen verloren. Während es früher neben den formalen Gesprächsterminen auch häufiger informelle Kontakte zu Sachbearbeitern gab, ist derzeit jegliche Zusammenarbeit mit dem Ministerium „auf ein Minimum zurückgefahren“.

4. Kontakte zwischen den Verbänden

Die Arbeit jedes einzelnen Umweltverbandes ist in ein Netzwerk eingebettet, das von Fall zu Fall unterschiedlich verzweigt ausfällt. Typische Verbände, mit denen ein Umweltverband zusammenarbeitet, sind andere Umweltverbände und die berufsständischen Verbände der Landwirte. Letztere schließen den Landesbauernverband und die ökologischen Anbauverbände ein. Als Partner wurden zum Beispiel der Bund Natur und Umwelt, der Ornithologenverband, die Schutzgemeinschaft Deutscher Wald, Euronatur, die Landschaftspflegeverbände, der Landvolkverband, Landjugend und Landfrauen genannt. Eine Einschätzung der Kontaktintensität gestaltete sich schwierig, da die Einstufung von lockeren Kontakten über gelegentliche Abstimmung bis hin zu enger Zusammenarbeit individuell unterschiedlich vorgenommen wird und zwischen Vertretern eines Verbandes und je nach Thema variieren kann.

Inwieweit eine Abstimmung oder Zusammenarbeit zwischen Umweltverbänden und dem Landesbauernverband stattfindet, ist je nach Bundesland unterschiedlich. Eine Abstimmung mit dem Bauernverband erfolgt beim NABU Niedersachsen, NABU Brandenburg (bei besonders brisanten Fragen), NABU Sachsen und BUND Baden-Württemberg. Zusammenarbeit wird als die weitergehende Form der Abstimmung aufgefasst. In Baden-Württemberg arbeiten sowohl BUND als auch NABU mit dem Bauernverband zusammen, in Sachsen-Anhalt kooperiert nur der NABU mit dem Bauernverband.

In nahezu allen untersuchten Bundesländern findet eine Abstimmung und Zusammenarbeit zwischen den ökologischen Anbauverbänden und den Umwelt- und Naturschutzverbänden statt. Ausnahmen sind der NABU Sachsen sowie der BUND Sachsen-Anhalt und NABU Baden-Württemberg mit Einschränkungen.

Die Zusammenarbeit zwischen den Umweltverbänden ist in ihrem Umfang und ihrer Intensität ebenfalls je nach Bundesland sehr unterschiedlich. Die Aussagen von verschiedenen Verbänden eines Bundeslandes sind nicht immer deckungsgleich. So kann ein Befragter die Zusammenarbeit mit anderen Umweltverbänden als intensiv auffassen, während ein anderer sie nur als locker empfindet. Das mag damit zusammenhängen, dass einige Interviewpartner

diese Frage im eng umgrenzten Themenbereich der Agrarumweltprogramme beantworteten, wohingegen andere von der Zusammenarbeit im Allgemeinen ausgingen oder ein bestimmtes Ereignis/Thema der Vergangenheit im Kopf hatten. Es kann davon ausgegangen werden, dass die Zusammenarbeit bei wichtigen Fragen in gemeinsamen Stellungnahmen mündet.

Die Zusammenarbeit kann räumlich oder institutionell gebündelt sein. In Brandenburg gibt es ein gemeinsames Landesbüro der anerkannten Naturschutzverbände. In Sachsen-Anhalt hingegen konnte sich eine ähnliche Einrichtung (Umwelthaus) nicht halten und musste zum Anfang des Jahres 2005 wieder aufgegeben werden. In Sachsen fördert die Landesarbeitsgemeinschaft der Natur- und Umweltschutzverbände die Kontakte und die Zusammenarbeit, in Thüringen ist es der Verband Thüringer Ökoherz e.V.

In den Interviews entstand der Eindruck, dass die Konkurrenz zwischen den Verbänden in den alten Bundesländern tendenziell ausgeprägter ist als in den neuen Bundesländern. Dies muss aber nicht unbedingt als negativ gewertet werden, denn nach Aussage des Vertreters des NABU Schleswig-Holstein führe dies zur einer ständigen Überprüfung und Verbesserung der eigenen Arbeit. Als besonders intensiv und erfolgreich wurde die Zusammenarbeit der Naturschutzverbände in Thüringen beschrieben, was durch die Institution des Thüringer Ökoherz e.V. bedingt ist.

5. Zusammenfassung und Schlussfolgerungen

Ziel der Untersuchung war es, einen Überblick über Umfang und Art der Beteiligung von Naturschutz- und Umweltverbänden an der Gestaltung von Agrarumweltprogrammen zu schaffen. Die Umweltverbände haben die häufigsten und intensivsten Behördenkontakte auf der Ebene der Landesministerien. Für den Entwurf und die Implementierung von Agrarumweltprogrammen sind die Landwirtschaftsministerien zuständig, die in einigen Bundesländern auch den Bereich Umwelt abdecken. Durch Befragung der jeweils für den Landwirtschaftsbereich zuständigen Ansprechpartner der wichtigsten Verbände (BUND, NABU, Grüne Liga) sollten sowohl fördernde als auch hemmende Faktoren für eine Zusammenarbeit erhoben werden. Die Analyse der Ergebnisse zeigt eine große Vielfalt¹⁵ zwischen den Bundesländern, zum einen bei den Formen der Beteiligung, zum anderen bei der Bewertung der Zusammenarbeit durch die Umweltverbände. Je weitreichender die Beteiligungsformen (Information, Anhörung, Mitwirkung, Mitentscheidung) und je größer die Einflusschancen, umso zufriedener äußerten sich die befragten Verbandsvertreter.

¹⁵ Eine direkt mit Sachsen-Anhalt vergleichbare „Beteiligungskultur“ konnte in keinem der untersuchten Bundesländer erkannt werden. Die Art der Datenerhebung (telefonische Leitfadeninterviews) erlaubten keine so umfangreichen Analysen, wie es in der Untersuchung in Sachsen-Anhalt möglich gewesen war (vgl. PRAGER 2004).

Für die Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen wurde die Zusammenarbeit mit dem Ministerium als unzureichend beschrieben. Die Beteiligung an Entscheidungsprozessen über Agrarumweltprogramme findet nahezu ausschließlich auf dem Niveau der gesetzlich vorgeschriebenen Beteiligung statt, d.h. über schriftliche Stellungnahmen in dem von der EU vorgegebenen Rahmen (Verordnungen (EG) Nr.1257/1999 und 817/2004). Als hinderlich für eine Kooperation wurden vor allem folgende Faktoren benannt:

- Es finden keine oder zu wenige Verbandsgespräche im Ministerium statt.
- Die Gespräche finden nicht auf „gleicher Augenhöhe“ statt, die Natur- und Umweltschutzverbände fühlen sich nicht als gleichberechtigte Partner akzeptiert (gegenüber beruflichen Verbänden und gegenüber Vertretern des Ministeriums)
- Argumente oder Vorschläge der Umweltverbände werden (teils ohne Begründung) abgelehnt, die Interessen der Landwirtschaft werden höher gewichtet.
- Die Ressourcen- und Personalausstattung der Natur- und Umweltschutzverbände ist unzureichend.

Von vielen Befragten wird die derzeitige politische Ausrichtung für die mangelnde Berücksichtigung von Naturschutzinteressen verantwortlich gemacht. Eine Veränderung dieser Situation erwarten sie nur nach einem Regierungswechsel oder einem allgemeinen „politisch-kulturellen Wandel“ in Richtung Naturschutz und Beteiligung. Häufig wird mehr Geld für die Umweltverbände gefordert und als Voraussetzung für eine Lösung der Probleme angesehen, da sich die Umweltverbände dann stärker in die Gestaltung von Agrarumweltprogrammen einbringen könnten.

In den drei Ländern Schleswig-Holstein, Thüringen und Baden-Württemberg bietet sich ein anderes Bild. Die Umweltverbände in diesen Ländern beschreiben die Zusammenarbeit als gut oder befriedigend. Auch wenn durchaus Verbesserungsvorschläge zur Zusammenarbeit artikuliert werden, äußern sich die Verbände deutlich zufriedener. Als Gründe für die erfolgreiche Zusammenarbeit wurden folgende Faktoren herausgestellt:

- Die Mitarbeiter der Umweltverbände verfügen über inhaltliche Kompetenz. Dies wird zum einen durch hauptamtlich angestellte Mitarbeiter, zum anderen durch Zugang zu externem Wissen gefördert (z.B. über das dem NABU angegliederten Institut für Landschaftsökologie und Naturschutz in Baden-Württemberg).
- Eine enge inhaltliche Abstimmung und Bündelung von Kräften führt zu mehr Durchsetzungsfähigkeit gegenüber dem Ministerium (Beispiel des Thüringer Ökoherz e.V., in dem sowohl Natur- und Umweltschutzverbände als auch ökologische Anbauverbände vertreten sind).
- Es ist den Vertretern der Umweltverbände gelungen, gute persönliche Beziehungen zu Mitarbeitern des Ministeriums aufzubauen und zu erhalten.

Besonderheiten in den Rahmenbedingungen, die durch die politische Kultur oder die Verwaltung selbst geprägt sind, wurden nur in Schleswig-Holstein angeführt. Demgegenüber wurde gerade durch den Vertreter des Thüringer Ökoherz e.V. betont, dass in Thüringen eine andere politische Kultur herrsche, und die Regierungspartei (CDU) die Qualität der Zusammenarbeit nicht negativ beeinflusse.

Interessanterweise bewerten in Niedersachsen und in Sachsen-Anhalt NABU und BUND die Zusammenarbeit unterschiedlich. In beiden Ländern sind es die Vertreter des NABU, die sich eher zufrieden äußern, während die Vertreter des BUND die mangelnde Kooperationsbereitschaft des Ministeriums kritisieren. Hier deutet sich an, welche entscheidende Rolle die persönliche Ebene spielt. Nicht zu vernachlässigen ist auch, dass eine Bereitschaft zur Kooperation auf beiden Seiten, sowohl im Verband als auch im Ministerium, vorhanden sein muss, um überhaupt einen Kommunikationsprozess in Gang zu setzen.

Das Interesse an der Gestaltung von Agrarumweltprogrammen ist in allen befragten Umweltverbänden, unabhängig vom Bundesland, vorhanden. Der Mitwirkung an Entscheidungsprozessen stehen jedoch Ressourcenprobleme gegenüber. Ist nicht genügend Personal vorhanden, um neben den täglichen Aufgaben und Projekten noch Wissen zu Hintergründen und aktuellen Entwicklungen in der Agrarumweltpolitik zu sammeln und aufzuarbeiten, kann die Beteiligung nur eingeschränkt erfolgen. Anspruchsvolle, fundierte Vorschläge verlangen viel Vorbereitung und Abstimmung – Anforderungen, die kaum ein Umweltverband allein erfüllen kann.

Vor dem Hintergrund der Berichte aus Schleswig-Holstein muss die Vorstellung der Umweltverbände von „Zusammenarbeit“ kritisch beleuchtet werden. So wurde in Schleswig-Holstein von einem in Europa einmaligem Beteiligungskonzept gesprochen, gleichzeitig aber die Zusammenarbeit von Ministerium und Bauernverband als zähflüssig und für den Bauernverband als unzufrieden stellend beschrieben. Ein optimales Beteiligungskonzept aber müsste auf der Gleichberechtigung aller Beteiligten fußen. Auch im Gespräch mit den Verbänden der anderen Bundesländer entstand häufig der Eindruck, dass die Zusammenarbeit nur dann als gut befunden wurde, wenn die Durchsetzung eigener Ziele und Interessen gelang.

Während der der Bauernverband meist sehr gut mit den Behörden zusammenarbeitet (bis auf in Schleswig-Holstein unter der alten Regierung) findet eine Abstimmung oder Zusammenarbeit der Natur und Umweltschutzverbände mit dem Bauernverband seltener statt. Als Grund hierfür wurde vielfach die Ablehnung des Bauernverbandes und fehlende Übereinstimmung von Interessen genannt.

Die Zusammenarbeit der ökologischen Anbauverbände mit den Behörden wurde im Vergleich zum Bauernverband als geringer eingestuft und ähnelt in ihrer Intensität der Zusammenarbeit zwischen dem Ministerium und den Umweltverbänden. Eine Zusammenarbeit zwischen

Verbänden des ökologischen Anbaus und Umweltverbänden ist gängige Praxis, in ihrer Intensität aber sehr unterschiedlich.

Auch die Abstimmung und Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Umwelt- und Naturschutzverbänden ist in den jeweiligen Ländern sehr unterschiedlich. Während man in Thüringen alle Verbände im Rahmen von Ökoherz e.V. gebündelt hat, konkurrieren in den alten Bundesländern die beiden Verbände NABU und BUND miteinander - verfassen aber bei sehr wichtigen Themenfeldern gemeinsame Stellungnahmen. Mit Sicherheit wirkt dies auf das Einflussvermögen der Verbände, aber das jeweilige Maß ist schwer abzuschätzen.

Eine erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen Umweltverbänden und Ministerium erscheint als Zusammenspiel vieler Faktoren. Die Interviewergebnisse verdeutlichen, dass es keine eindimensionalen Faktoren gibt, die bestimmen, inwieweit die Zusammenarbeit zwischen Ministerium und Umweltverbände für beide Seiten zufrieden stellend verläuft. Vielmehr lassen sich mehrere Einflussfaktoren identifizieren. Dazu gehören:

- Die politische Ausrichtung einer Landesregierung und das „Klima“ eines Ministeriums. Eine bedeutende Rolle spielen die politischen Vorgaben des zuständigen Ministers und Staatssekretärs. Sie nehmen Einfluss darauf, ob Umweltverbände als Verhandlungspartner ernst genommen und die Chancen partizipativer Ansätze erkannt und genutzt werden. Zurückhaltung oder Desinteresse von Seiten der Mitarbeiter im Ministerium kann durch Vorgaben der Leitungsebene beeinflusst werden.
- Die kontinuierliche und zielorientierte Zusammenarbeit zwischen den Landesumweltverbänden erlaubt die Einigung auf eine gemeinsame Position. Aus Sicht eines Ministeriums ist es einfacher, mit den gebündelten, schon im Vorfeld abgestimmten Vorschlägen mehrerer Verbände umzugehen, als diese in einer Verbandsanhörung im Ministerium zu verhandeln und abzuwägen. Dazu fehlt auch meist die notwendige Kompetenz in der Moderation von schwierigen Diskussionen.
- Die „soft skills“ der beteiligten Akteure helfen, die persönliche, zwischenmenschliche Ebene angenehm zu gestalten. Gute persönliche Beziehungen zwischen den Verbandsvertretern und Behördemitarbeitern unterstützen erheblich den ungehinderten Informationsfluss, der wiederum Basis für erfolgreiche Zusammenarbeit ist.
- Eng damit zusammen hängen die politische Erfahrung und das Verhandlungsgeschick sowohl des Einzelnen als auch des Verbandes, um Situationen richtig einzuschätzen und Chancen zu nutzen.
- Eine Anerkennung der Legitimität unterschiedlicher Interessen ist Vorbedingung für Kooperationsbereitschaft und Akzeptanz. Dies gilt sowohl für Umwelt- als auch landwirtschaftliche Verbände.
- Trotzdem wird die Struktur und wirtschaftliche Bedeutung der Landwirtschaft in hohem Maße beeinflussen, welcher Stellenwert jeweils der Landwirtschaft bzw. der Umwelt

zugemessen wird und welche Interessen die berufsständischen Verbände in den Förderprogrammen durchsetzen können.

- Die finanziellen und personellen Ressourcen auf Seiten der Umweltverbände haben Auswirkungen auf den Zugang zu Informationen, die Möglichkeit zur Mitarbeiterqualifizierung sowie die Teilnahmemöglichkeiten an Veranstaltungen (= Präsenz) und damit die Durchsetzungsfähigkeit von Naturschutzinteressen. Meist ist eine Bündelung der Ressourcen nötig und förderlich für die Arbeit der Umweltverbände.
- Das Maß an Rückhalt in der Bevölkerung (Mitgliederstärke) ist ebenfalls entscheidend für die Durchsetzungsfähigkeit/politische Kraft der Umweltverbände.
- Eine gewisse Neutralität der Umweltverbände gegenüber politischen Parteien ist nötig, damit sich ein Regierungswechsel nicht direkt auf eine gedeihliche Zusammenarbeit auswirkt.

Welche Wirkung und Einfluss den einzelnen Faktoren zugeschrieben werden kann bleibt allerdings aufgrund der zum Teil sehr unterschiedlichen Rahmenbedingungen schwer abschätz- und quantifizierbar und bedarf der näheren Betrachtung. Grundsätzlich haben die Befragungen gezeigt wie breit das Spektrum im Bereich der Zusammenarbeit von Umweltverbänden und Ministerium ist.

Es lassen sich keine Zusammenhänge zwischen dem Beteiligungsumfang und den jeweils regierenden Parteien erkennen. Das heißt, die „Farbe“ der Partei ist nicht ausschlaggebend, aber welche Partei regiert, hat im Zusammenspiel mit anderen Faktoren auf jeden Fall Auswirkungen auf die Zusammenarbeit zwischen Verbänden und Ministerium. Die Zusammensetzung der Ministerien (Landwirtschaft und Umwelt getrennt oder kombiniert) hat ebenfalls keinen maßgeblichen Einfluss auf die Einschätzung der Zusammenarbeit durch die Umweltverbände.¹⁶ Grob betrachtet kann der Beteiligungsumfang in den ostdeutschen Bundesländern als geringer eingeschätzt werden als in den westdeutschen. Zu beachten ist allerdings die Ausnahme Thüringen. Die Einteilung wird außerdem unscharf durch die uneinheitlichen Aussagen der Verbände in Niedersachsen und Sachsen-Anhalt. Dass die Entwicklung immer im Fluss ist und die zeitliche Dimension nicht vernachlässigt werden darf, zeigt das Beispiel Schleswig-Holsteins, wo durch Landtagswahlen ein plötzlicher Wandel der Beteiligungsmuster erfolgte.

¹⁶ Obwohl auffällt, dass in den drei Ländern, in denen die Zusammenarbeit als gut eingeschätzt wurde, die Ressorts Landwirtschaft und Naturschutz unter einem Dach angesiedelt sind.

6. Nachweis der Quellen

- AUGSTEN, F. 2005, Geschäftsführer Thüringer Ökoherz e.V., per E-Mail am 28.09.2005
- EBERHARDT-SCHAD, I. 2005, Naturschutzreferentin NABU-Landesgeschäftsstelle, per E-Mail am 27.09.2005
- EMERSON, H.J. and GILLMOR, D.A., 1999. The rural environment protection scheme of the Republic of Ireland. *Land Use Policy* 16, 235-45.
- GARUS 2005, mdl., Bundesgeschäftsstelle NABU, Telefonat am 13.9.2005
- LEIPELT, A. 2005, mdl., Landesverband NABU, Telefonat am 13.9.2005
- PRAGER, K. and NAGEL, U.J., 2004. Communication processes in agro-environmental policy development and decision-making - Case study Sachsen-Anhalt. Sutra Working Paper No 2. Humboldt-Universität zu Berlin.
- WILSON, G.A., 1995. German Agri-Environmental Schemes – II. The MEKA Programme in Baden-Württemberg. *Journal of Rural Studies* 11(2), 149-159.
- WILSON, G.A.; BULLER, H. and HÖLL, A., 2000. Conclusions: agri-environmental policy beyond Regulation 2078. In: Buller, H., Wilson, G.A. and Höll, A. (Eds.). *Agri-environmental policy in the European Union*. Ashgate, Aldershot, pp. 255-260.

Anhang

Gesprächsleitfaden für telefonische Interviews mit Vertretern von Umwelt- und Naturschutzverbänden

- Mit welchen Behörden arbeiten Sie zusammen oder haben Sie Kontakt, wenn es um Agrarumweltprogramme geht?
- Wenn Zusammenarbeit stattfindet:
 - Wie häufig sind ihre Kontakte?
 - In welcher Funktion sind Ihre Ansprechpartner in der Behörde tätig?
 - In welcher Form findet die Kooperation statt?
 - Welche Rahmenbedingungen und Personen haben dies ermöglicht und gefördert?
 - Wer oder was ist behindert die Zusammenarbeit?
- Wenn keine Zusammenarbeit stattfindet:
 - Welche Faktoren verhindern eine Kooperation?
 - Was müsste geschehen, damit es zu einer Zusammenarbeit kommen kann?
- Würden Sie gerne an Entscheidungsprozessen beteiligt werden und hierfür Ressourcen zur Verfügung stellen?
- Wie könnte eine Beteiligung Ihrer Meinung nach aussehen/ ablaufen?
- Welchen Nutzen würde eine Integration für sie bringen?
- Welche Ziele und Interessen würden sie verfolgen?
- Kontakte zu anderen Verbänden:
 - Kennen Sie andere Verbände, die mit den Behörden zusammenarbeiten?
 - Stimmen Sie sich mit anderen Verbänden ab oder arbeiten Sie mit diesen zusammen?

Über die Autoren

Beate Thießen ist Studentin der Agrarökonomie an der Humboldt-Universität zu Berlin und forscht im Rahmen ihrer Masterarbeit zum Thema „Gentechnikfreie Regionen“.

Anschrift:

Fachgebiet Landwirtschaftliche Beratung und Kommunikationslehre,
Institut für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften des Landbaus,
Landwirtschaftlich-Gärtnerische Fakultät,
Luisenstr. 56, 10099 Berlin
Tel.: 030 – 2093 6510
Fax: 030 – 2093 6512
E-Mail: beate.thiessen@agrار.hu-berlin.de

Katrin Prager ist Wissenschaftlerin am Fachgebiet Landwirtschaftliche Beratung und Kommunikationslehre und promovierte zum Thema „Kommunikationsprozesse in der politischen Gestaltung von Agrarumweltprogrammen“ (Teilprojekt 7 der DFG-Forschergruppe 497).

Anschrift wie oben

ab 01.09.2006:

Rural Social Research Group
Tasmanian Institute of Agricultural Research
University of Tasmania
Private Bag 54
Hobart Tasmania 7001
AUSTRALIA
E-Mail: katrin.prager@agrار.hu-berlin.de

Prof. Dr. Uwe Jens Nagel leitet das Fachgebiet Landwirtschaftliche Beratung und Kommunikationslehre an der Humboldt-Universität zu Berlin und, im Rahmen der DFG-Forschergruppe, das Teilprojekt 7. Arbeitsschwerpunkte sind u.a. Fragen der partizipativen Gestaltung und Planung von Forschung und Beratung.

Anschrift wie oben

Tel.: 030 – 2093 6510
E-Mail: uj.nagel@agrار.hu-berlin.de
<http://www.agrar.hu-berlin.de/wisola/fg/bk/>



SUTRA-Working-Paper

Bisher erschienen

- | | | |
|-------|---|--|
| Nr. 1 | Dieter Kirschke
Ernst Daenecke
Astrid Häger
Kerstin Kästner
Kurt Jechlitschka
Stefan Wegener | Entscheidungsunterstützung bei der Gestaltung von Agrarumweltprogrammen:
Ein interaktiver, PC-gestützter Programmierungsansatz für Sachsen-Anhalt

Mai 2004, 31 Seiten
http://www.agrar.hu-berlin.de/sutra/workingpaper/wp1/wp1.pdf |
| Nr. 2 | Katrin Prager
Uwe Jens Nagel | Communication processes in agro-environmental policy development and decision-making –
Case study Sachsen-Anhalt

Mai 2004, 15 Seiten
http://www.agrar.hu-berlin.de/sutra/workingpaper/wp2/wp2.pdf |
| Nr. 3 | Jan Hinrichs
Oliver Mußhoff
Martin Odening | Ökonomische Hysterese im Veredlungssektor

Dezember 2004, 21 Seiten
http://www.agrar.hu-berlin.de/sutra/workingpaper/wp3/wp3.pdf |
| Nr. 4 | Martina Brockmeier
Marianne Kurzweil | EU-Migration in the Context of Liberalizing Agricultural Markets

November 2004, 22 Seiten
http://www.agrar.hu-berlin.de/sutra/workingpaper/wp4/wp4.pdf |
| Nr. 5 | Dieter Kirschke
Astrid Häger
Kurt Jechlitschka
Stefan Wegener | Co-financing implications for regional policy-making:
A case study for the agri-environmental programme in Saxony-Anhalt

Januar 2005, 21 Seiten
http://www.agrar.hu-berlin.de/sutra/workingpaper/wp5/wp5.pdf |
| Nr. 6 | Peter Dannenberg
Christian Schleyer
Henry Wüstemann | Regionale Vernetzungen in der Landwirtschaft -
Beiträge eines teilprojektübergreifenden regionalen Workshops am 13.01.2005 in Bad Liebenwerda (Landkreis Elbe-Elster)

Mai 2005, 33 Seiten
http://www.agrar.hu-berlin.de/sutra/workingpaper/wp6/wp6.pdf |

- Nr. 7 Katrin Prager
 Uwe Jens Nagel Kommunikationsbeziehungen der Ämter für
 Landwirtschaft und Flurneuordnung im Bereich der
 Agrarumweltprogramme - Fallstudie Sachsen-Anhalt
- August 2005, 26 Seiten
 <http://www.agrar.hu-berlin.de/sutra/workingpaper/wp7/wp7.pdf>
- Nr. 8 Peter Dannenberg
 Elmar Kulke Zur Bedeutung des landwirtschaftlichen Clusters für
 ländliche Räume
- August 2005, 22 Seiten
 <http://www.agrar.hu-berlin.de/sutra/workingpaper/wp8/wp8.pdf>
- Nr. 9 Sandra Uthes
 Henry Wüstemann Anregungen zur Ausgestaltung von Förder-
 programmen in Abhängigkeit von
 Kompensationshöhe und Zielerreichungsgrad
- Dezember 2005, 21 Seiten
 <http://www.agrar.hu-berlin.de/sutra/workingpaper/wp9/wp9.pdf>
- Nr. 10 Silke Hüttel
 Oliver Mußhoff
 Martin Odening
 Nataliya Zinych Zur Schätzung von Investitionsfunktionen in
 unvollkommenen Kapitalmärkten
- August 2006, 22 Seiten
 <http://www.agrar.hu-berlin.de/sutra/workingpaper/wp10/wp10.pdf>
- Nr. 11 Beate Thießen
 Katrin Prager
 Uwe Jens Nagel Mitwirkung von Umweltverbänden an der Gestaltung
 von Agrarumweltprogrammen auf Ebene der
 Bundesländer
- August 2006, 24 Seiten
 <http://www.agrar.hu-berlin.de/sutra/workingpaper/wp11/wp11.pdf>